

Der Untergang der „Persia“.

R. London, 3. Jänner. (Meldung des Reuterschen Büreaus.) Die P. & O. Line teilt mit, daß weitere elf Ge- rettete vom Dampfer „Persia“ in Malta gelandet wurden.

Berlin, 4. Jänner. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die „Telegraphen-Union“ meldet aus Paris: Die Agence Havas meldet aus Kairo: Unter den Ueberlebenden der „Persia“ befindet sich der Amerikaner Grand.

Die „Persia“ bewaffnet.

R. Washington, 3. Jänner. (Meldung des Reuterschen Büreaus.) Der amerikanische Konsul in Alexandrien berichtet, daß die „Persia“ eine 4,7-zöllige Kanone führte. Die amtlichen Kreise erklären, daß diese Tatsache an der eigentlichen Sachlage nichts ändern würde.

Die Versenkung der „Yajata Maru“.

R. Washington, 3. Jänner. (Reuter-Meldung.) Staatssekretär Lansing hat sich entschlossen, wegen der Versenkung der „Yajata Maru“ keine Schritte zu tun, da es nicht sicher ist, daß sich Amerikaner an Bord des Schiffes befanden.

Ein großer englischer Dampfer gesunken.

R. London, 3. Jänner. (Reuter-Meldung.) Der Dampfer „Geelong“ der P. & O. Line ist im Mittelmeer versenkt worden. Alle Passagiere, die sich an Bord befanden, wurden gerettet. Der Dampfer hatte 7954 Tonnen Gehalt.

R. London, 4. Jänner. Lloyds-Agentur meldet, daß der Dampfer „Geelong“, der nach einer Meldung des Reuterschen Büreaus versenkt worden sein soll, nach einem Zusammenstoß mit dem britischen Dampfer „Donvilston“ im Mittelmeere gesunken ist.

Explosion auf einem amerikanischen Tankschiff.

R. New-York, 3. Jänner. (Meldung des Reuterschen Büreaus.) Durch eine Explosion auf dem Tankschiff „Aztec“ im offenen Ozean von Brooklyn, auf welche ein Brand folgte, verloren 20 Personen, die im Schiffsraume arbeiteten, das Leben.

Requisition von Leder in Frankreich.

R. Paris, 3. Jänner. Dem „Temps“ zufolge verordnete der Unterstaatssekretär des Verpflegswesens, um den Bedürfnissen der Armee zu genügen, eine allgemeine Requisition unbearbeiteten Leders ab 5. d., welche sowohl den Bestand am Tage der Requisition wie die zukünftige Produktion trifft.

Freigelassene Deutsche.

Auf Intervention Amerikas.

R. Washington, 3. Jänner. (Reuter-Meldung.) Auf Ersuchen der Unionstaaten gab die französische Regierung den Auftrag, die Deutschen, die kürzlich von einem französischen Kreuzer bei Puertorico an Bord amerikanischer Schiffe gefangen genommen worden waren, freizulassen.

Graf Tisza über die Lebensmittelfrage.

Budapest, 4. Jänner.

In der heutigen Sitzung des Magnatenhauses, in der Präsident Baron Samuel Josika den Vorsitz führte, wurde zunächst eine Zuschrift des Ministerpräsidenten Grafen Tisza verlesen, worin mitgeteilt wird, daß Seine Majestät die homagiale Rundgebung und die Glückwünsche des Magnatenhauses anlässlich des Jahreswechsels huldvollst zur Kenntnis genommen habe.

Es folgt die Verlesung der Begrüßungsdepeche des Präsidenten des bulgarischen Sobranje an das Magnatenhaus, die mit Beifall zur Kenntnis genommen wird.

Vor Uebergang zur Tagesordnung interpelliert Graf Johann Hadik über die Agitation, die in gewissen Kreisen gegen Ungarn betrieben werde und die Lebensmittelpreise zum Vorwand einer Aufreizung gegen Ungarn benütze. Die Regierung habe sich Versummnisse zuschulden kommen lassen, indem sie gegen diese Agitation nicht aufgetreten sei. Die österreichische Regierung hätte die Pflicht gehabt, denselben mit dem Hinweis auf die Tatsachen entgegenzutreten.

Ministerpräsident Graf Tisza erklärt zunächst, daß es ihn selbstverständlich am meisten freuen würde, wenn man über alle mit der Frage der Verpflegung zusammenhängenden Angelegenheiten schon heute sprechen könnte. Die Zeit dafür werde aber erst nach dem Kriege kommen. Vorläufig verbieten es sehr wichtige staatliche Interessen, die Details dieser Frage in die Öffentlichkeit zu bringen, weil dies zu solchen Kommentaren Anlaß geben würde, die in den verschiedensten Beziehungen mit schädlichen Schlußfolgerungen verbunden wären. Ich kann nur, sagt der Ministerpräsident, versichern, daß vom Gesichtspunkte der Verpflegungsfragen die Lage schwierig ist, wie dies auch nicht anders sein kann, denn unsere Lage ist vom Gesichtspunkte der Verpflegung der Situation einer belagerten Festung vergleichbar. Sie ist aber keinesfalls besorgniserregend und ich glaube, die Regierung kann die Verantwortung dafür übernehmen, daß, so wie es in der vorjährigen wirtschaftlichen Kampagne gelungen ist, die allgemeine Verpflegung zu sichern,

werden, die ihnen gebührt, dann werden wir auch diese große Frage in einer viel richtigeren Beleuchtung erblicken. Es ist sehr interessant zu beobachten, daß in dem Maße, in welchem diese Frage der praktischen Lösung entgegengeht, dem Maße, in welchem das Wort der Männer der Praxis immer mehr in den Vordergrund tritt, sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich neben der Verfindung der Theorien und Schlagworte auch die Betonung der praktischen Schwierigkeiten immer stärker werden. Wenn jemand dieser Sache einen wirklichen Dienst zuweisen will, dann muß er seine ganze Aufmerksamkeit diesen praktischen Schwierigkeiten zuwenden, denn wir müssen der Sache der Annäherung nur bis zu jener Grenze, innerhalb welcher sich die praktischen Schwierigkeiten beseitigen lassen. Der Interpellant hat es auch mißbilligt, daß das „Fremden-Blatt“ an einzelne österreichische Kreise eine Warnung ergehen ließ, und er bemerkte nicht ohne spöttischen Beigeschmack, daß jener Teil der ungarischen Presse, welcher den von seiten der ungarischen Regierung kommenden Informationen eventuell zugänglich gewesen wäre, geschwiegen habe. Die Sache verhält sich sehr einfach. Jene Männer, die von ungarischer Seite an diesen Beratungen teilgenommen haben, haben den praktischen Schwierigkeiten mit wenigen Ausnahmen in vollem Maße Rechnung getragen. Jene Gefahren, welche bei gewissen Doktrinären, sowohl im Deutschen Reich als auch in österreichischen Kreisen aufgetaucht sind und denen gegenüber es sehr richtig war, daß das „Fremden-Blatt“ seine warnende Stimme ertönen ließ, haben sich in Ungarn viel weniger gezeigt. Solange Männer wie Alexander Beckerle und ähnliche, in denen sich großes theoretisches Wissen mit gründlicher Kenntnis und Berücksichtigung der praktischen Interessen der ungarischen Volkswirtschaft vereint, in der ungarischen Gesellschaft nach dieser Richtung hin die führende Rolle spielen werden, solange werden, wie ich hoffe und glaube, die ungarischen volkswirtschaftlichen Faktoren auch auf diesem Gebiete sich innerhalb der entsprechenden Grenzen halten.

Ich kann resumieren, daß ich die ehe baldigste Regelung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zu Oesterreich naturgemäß für die erste Aufgabe halte, schon damit wir für die weiteren Aufgaben aktionsfähig sind, und zweitens daß die Regierung auch auf die andere große Frage das größte Gewicht legt, daß sie sich mit dieser Frage beschäftigt und daß ein grundlegendes Moment bei der Behandlung dieser Fragen für die Regierung die wirtschaftliche Annäherung an das Deutsche Reich bildet. Die Regierung ist davon überzeugt, daß wir, wenn wir bei diesen Annäherungsbestrebungen uns innerhalb der entsprechenden Grenzen halten und wenn wir uns erreichbare Ziele stecken, einander sehr wertvolle Dienste leisten können. Ich erblicke aber einen gefährlichen Feind dieser großen und wichtigen Sache in jenen Schlagworten und theoretischen Strömungen, die die Annäherung über das erreichbare Maß hinaus ausdehnen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Graf Johann Hadik erklärt, die Antwort des Ministerpräsidenten nicht zur Kenntnis zu nehmen, wobei er nochmals auf die große in Oesterreich bestehende Agitation verweist und seine Frage wiederholt, weshalb nicht auch die Preise der Industrieartikel reguliert werden.

Ministerpräsident Graf Tisza bemerkt hierauf bezüglich des Wunsches, daß die Höchstpreise auch für Industrieartikel festgestellt werden, daß nur für solche Gegenstände Höchstpreise festgesetzt werden können, bei denen derjenige, der den Maximalpreis feststellt, auch für die Befriedigung der Konsumenten Sorge tragen kann. Sonst werde durch die Feststellung der Höchstpreise bloß erreicht, daß überhaupt keine Waren auf dem Markte sein werden. Maximalpreise können also nur für leicht zu handhabende, leicht einzulagernde Massengüter eingeführt werden, bei welchen mit behördlicher Verfügung die Beschlagnahme, die Aufbewahrung und die Aufteilung der vorhandenen Vorräte angeordnet werden kann. Die Regierung will daher, sagt der Ministerpräsident, für jene Waren, für die bisher keine Maximalpreise festgestellt worden sind, keine Höchstpreise festsetzen oder, wenn sich dies doch als notwendig erweisen sollte, sich doch nur in diesem Rahmen halten. Im übrigen muß ich wiederholen, daß ich nicht weiß, was für eine große Agitation sich in Oesterreich abspielt. Man hört sehr viel, daß man hier und da von dem und jenem spricht. Das sind aber keine greifbaren Tatsachen, auf welche man eine Aktion, einen Wunsch oder eine Forderung stützen könnte. Die Haltung der österreichischen Presse in dieser Hinsicht hat hier und da das eine oder das andere Mal ausnahmsweise zu Bemerkungen Anlaß gegeben. Ich habe in solchen Fällen auch nicht gezögert, den betreffenden Fall zur Sprache zu bringen, kann aber sagen, daß ich bei der österreichischen Regierung immer die größte Bereitwilligkeit vorfand, in dieser Frage jene schädliche, gehässige Agitation vom Publikum fernzuhalten. Die österreichische Regierung kann nach dieser Richtung hin kein Vorwurf treffen. Der Herr Interpellant kann sich wohl denken, daß die ganze Lebensmittelfrage und das Vorgehen Ungarns auf diesem Gebiete von einzelnen Organen der österreichischen Presse in ganz anderen Intentionen und in ganz anderem Tone behandelt würde, wenn in dieser Hinsicht die österreichische Regierung nicht tun würde, was sie dem großen Gemeininteresse und Ungarn schuldet. (Zustimmung.)

Die Antwort des Ministerpräsidenten wird hierauf zur Kenntnis genommen.

Nach Erledigung der Interpellationen wird zur Tagesordnung geschritten und sämtliche Vorlagen, u. a. die Gesetzentwürfe über die Ergänzung der Ausnahmeverfügungen für den Kriegsfall, über die Maßnahmen gegen die Preistreiber, über den Zwangsausgleich und über die Ausdehnung der persönlichen Kriegslieferungspflicht, ferner die Berichte der Regierung angenommen, worauf die Sitzung um halb 7 Uhr abends geschlossen wird.